

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Beleglohn 16.— M., bei Selbstabholung 14.— M. — Preis der Einzelnummer 70 Pfennig
Telefon für Kontor und Expedition: 22721 und 24596
Postfachkonto Nr. 53477 :: :: **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13003. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 24596

Inseratenpreis: Die halbpaltene Kolonellselle oder deren Raum 4.— M., bei Platzvorkauf 4.80 M.; Familiennachrichten, die halbpaltene Zeile 3.20 M., Reklame-Kolonellselle 16.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Achtstundentag in Gefahr.

Wie die sozialdemokratischen P. P. R. berichten, hörte der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats am 23. und 24. März die Sachverständigen zum Achtstundentag. Den Sachverständigen wurde die Frage vorgelegt:

Glauben Sie, daß angesichts der besonderen, durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen Lage das deutsche Volk mit einem achtstündigen Maximal-Arbeitstage auszukommen vermag?

Die Vertreter der freien Gewerkschaften sprachen sich als Sachverständige im allgemeinen dahin aus, daß die Verringerung des Achtstundentages entschrieben abzuheben müßten. Ehe man einer Verlängerung der Arbeitszeit zustimmen vermöge, müsse geprüft werden, ob denn darin das einzige Mittel für die Steigerung der Produktion liege. Das sei zu verneinen. Von einer schematischen Durchführung des Achtstundentages sei bisher keine Rede gewesen, werde es in Zukunft auch nicht sein. Die Abweichungen könnten der tariflichen Regelung überlassen werden.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärte, daß man kaum mit dem Achtstundentag auskommen dürfte.

Sachverständiger Kalkowski (SPD.) verneinte die Frage, ob der Achtstundentag genügen könne. Arbeiterschaft und Unternehmer hätten gleiche Verantwortungslosigkeit bewiesen. Er empfehle die Suspendierung des Achtstundentages auf 5 Jahre und die tarifliche Regelung der Arbeitszeit.

Der Sozialpolitische Ausschuss wird in einer späteren Sitzung noch weitere Sachverständige zu der Frage vernehmen.

Aus diesem Bericht geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Achtstundentag ernstlich in Gefahr ist. Die Haltung der Vertreter der Gewerkschaften ist nach der gegebenen Darstellung alles andere als „entschieden“. Nach den Erfahrungen, die die Arbeiterschaft erst jüngst mit der Stellung der Gewerkschaftsführer zu den Steuerfragen gemacht hat, hat sie alle Ursache, die Verhandlungen mit der größten Wachsamkeit zu verfolgen, zumal rechtssozialistische Sachverständige vom Schlage Kalkowski jetzt bereits für eine „Suspendierung“ des Achtstundentages eintreten. Die Arbeiterschaft muß mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen, daß sie nicht gewillt ist, sich auch noch die letzten Errungenschaften der Novemberrevolution, zu deren wichtigsten der Achtstundentag gehört, entreißen zu lassen.

Fünfstage-Woche in einem englischen Werk.

London, 27. März. (TU.) Wie die Daily Mail schreiben, wurde in den Ford-Werken die Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche herabgesetzt, ohne daß dabei die Löhne verringert würden. Der Präsident der Gesellschaft erklärte, daß er einsehe, daß ein Arbeiter mehr als nur eines einzigen Ruhetages bedürfe und daß er der Ansicht sei, daß ein Mensch, um ein glückliches Leben zu führen, mehr als einen einzigen Ruhetag zusammen mit seiner Familie verleben müsse.

Offizieller Eintritt Amerikas in die Reparationskommission?

Paris, 27. März. Telegramme aus Washington bekämpfen die bereits seit einigen Tagen gerüchtweise verbreitete Meldung, daß Präsident Harding sich mit der Absicht trägt, die Zustimmung des Kongresses zu der Entsendung eines offiziellen Vertreters der Vereinigten Staaten in die Reparationskommission nachzusuchen, obwohl im Weissen Hause keine Geneigtheit besteht, diesem Wunsche zu entsprechen. — Hierzu bemerkt die Frankf. Ztg., der offizielle Eintritt Amerikas in die Reparationskommission, die aller Voraussicht nach eine erhebliche Stärkung der bisher von England vertretenen gemäßigten Richtung bedeuten würde, könnte auf die von der Kommission in den nächsten Monaten zu fällenden Entscheidungen von ausschlaggebendem Einflusse werden.

Eine neue amerikanische Note.

Paris, 26. März. Nach einer Savasmeldung aus Washington haben die Vereinigten Staaten den alliierten Regierungen eine neue Note zugehen lassen, in der erklärt wird, die Behandlung der amerikanischen Forderungen betreffend die Besatzungsstellen werde nicht von der Möglichkeit beruhen, daß die französische Besatzungsstellenrechnung noch nicht völlig beiläufig sei. Hierzu bemerkt Echo de Paris, die Note scheint zum Ausdruck zu bringen, daß Amerika auf Frankreich einen Druck auszuüben beabsichtige, um die Behebung der Rüstungen durchzusetzen.

Die Sachverständigenkonferenz und die russischen Schulden.

London, 27. März. (TU.) Die Londoner Sachverständigenkonferenz wird wahrscheinlich heute Montag mit der Ausarbeitung ihrer Vorschläge fertig werden und diese sodann den alliierten Regierungen unterbreiten. Die Sachverständigen widmeten ihre Hauptarbeit dem russischen Problem. Die Fragen der russischen Schulden sind zum Abschluß gebracht. Es ist die Einsetzung einer Kommission für die russischen Schulden vorgesehen, was die Einigung von fünf Jahren anbelangt, von der bei den ersten Sitzungen der Konferenz die Rede gewesen war, so ist hierin noch nichts beschlossen worden. Die Frist ist nur beispielsweise angenommen und kann ebensogut länger und auch kürzer angelegt werden.

Die Träger der russischen Obligationen werden das Recht erhalten, jeden Vorschlag zur Liquidierung der russischen Schulden,

der von den Regierungen in Genua vorgebracht werden könnte, anzunehmen oder zurückzulehnen. Gegenwärtig verhandelt die Konferenz über die finanziellen Fragen, deren Lösung viele Schwierigkeiten beugen. Der gestrige Vorschlag der englischen Abordnung zur Stabilisierung des Wechselkurses auf Grund der Zuführung auf den Goldwert hat nicht die Zustimmung der Konferenz, soll aber trotzdem den nach Genua gelandenen Regierungen unterbreitet werden. Es stehen weitere englische Anträge über Kredite und Wechselkurs zur Beratung. Außerdem wird auch noch die Frage der internationalen Handelskreditanstalt erörtert werden.

Deutsche Delegierte für die Konferenz in Genua.

Wie eine Berliner Korrespondenz mittelt, werden der deutschen Delegation für Genua, die von dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau geführt werden wird, der Reichsfinanzminister Dr. Hermes und der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Schröder sowie der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt und der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Hirsch angehören.

Die Folgen der nationalistisch-monarchistischen Propaganda.

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung.) v. Gerlach erzählt in der Welt am Montag, daß auf die verdingungswilligen Franzosen, die in den letzten Wochen Deutschland besucht haben, der Film Fredericus Rex und die Friedensvertragsausstellung den stärksten Eindruck gemacht hätten und sie mit großer Sorge erfüllte. Fredericus Rex sei ein monarchistischer Propagandafilm. Daß er so massenhaft besucht sei und scheinbar so einmütige Zustimmung finde, rufe beim Ausland den Eindruck hervor, die Wehrkraft der Deutschen lehnte sich nach den Hohenzollern zurück. Daß geschlossene Formationen der Reichswehr zu ihm geführt werden, erwecke den Anschein, als wenn das angeblich zum Schutz der Republik bestehende Heer nicht viel anderes sei als eine Kadetten-Schule für den künftigen obersten Kriegsherrn. Die Friedensvertragsausstellung, die bis nach dem kleinsten Landstädtchen verpflanzt werde, trage an der Stirn das Gepräge „unparteilich“ und würde sogar von sozialdemokratischen Provinzzeitungen, z. B. der Völkischen Volkszeitung, der Märkischen Volksstimme u. a. der Arbeiterschaft empfohlen. Dabei sei sie ein einziges Tendenz-mandev. Die Texte, die sie wiedergebe, seien zwar richtig, die Zahlen zum Teil auch, aber, sagt Gerlach, sie verschweigen, was allein ein objektives Urteil möglich macht. Die Zahlen der von uns abgelieferten Tonnage sind angegeben, aber nicht die der von uns verfeuert. Wieviel Vieh wir abgeben müssen, sagt man, aber nicht, wieviel unsere Truppen requiriert haben. Die ganzen Ausstellungen seien nach dem Muster jener gefälligen Euzler Depesche hergestell, die den Krieg von 1870 entsetzte. Darin habe auch kein falsches Wort gestanden, aber man habe so viel von dem ursprünglichen Wortlaut weggelassen, das der gewünschte Zweck erreicht wurde. Das Wesen der sogenannten Friedensvertragsausstellung sei Haß und Rachegefühl. Gerlach fragt, wer eigentlich die Kosten für diese Ausstellung trage und er weist weiter darauf hin, daß auch die Jugend wieder sehr verhehrt werde. Er drückt einen Ausruf an die deutsche Jugend von dem deutschen Jugendbund, Ortsgruppe Gesele, ab und fragt: Wer bezahlt diesen deutschen Jugendbund, der ohne Beiträge leben kann, da er finanziell sichergestellt worden ist? Wer liefert die Waffenpatrone und die Waffen für die militärischen Übungen? Die Entente sammelte solche Rundgebungen aufs eifrigste und die Militärkassen in Frankreich sahen sich ins Künftige. Die Parteien in Frankreich aber arbeiten unermüdet an der Bekämpfung ihres Militarismus. Sie fühlten sich jedoch gelähmt durch die Tatsache, die leider aus Deutschland gemeldet worden ist und sie bitten uns, helfe uns unseren nationalistischen Wackel zu bezwingen, indem ihr uns den Nachweis erbringt, daß Militarismus und Monarchismus in Deutschland nur noch Zuständen einer ohnmächtigen Minderheit sind.

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung.) Für Oskern war ein Besuch der Pariser Liga für Menschenrechte in Berlin in Aussicht genommen. Jetzt wird aus Paris gemeldet, daß dieser Besuch erst zu Pfingsten erfolgen kann da Professor Einstein im Oskern in Paris erwartet wird und deshalb Painlevé, der frühere Ministerpräsident, an den Vorlesungen Einsteins teilnehmen will. Außer Painlevé haben die Einladung des deutschen Friedensbundes angenommen der Vorsitzende der Pariser Liga, der radikale Abgeordnete Ferdinand Buisson und der Professor an der Sorbonne, Viktor Basch.

Die belgische Regierung über das Hamborner Attentat.

Brüssel, 27. März. (TU.) Das belgische Außenamt hat in der Angelegenheit des Leutnants Grassle folgendes Kommuniqué herausgegeben: „Die belgische Regierung ist über das schändliche Attentat auf den Leutnant Grassle tief entsetzt. Die Regierung hat sofort eine kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet und behält sich vor, sobald die Ergebnisse dieser Untersuchung bekannt sind, energische Maßnahmen zu ergreifen.“ Gleichzeitig hat das Außenamt am Sonntag morgen dem deutschen Geschäftsträger Dr. Landsberg in Brüssel mitgeteilt, daß die belgische Regierung entschlossen sei, die Angelegenheit nicht auf sich beruhen zu lassen.

Zum Ueberfall in Petersdorf.

Paris, 25. März. (TU.) Die Internationalisierte Kommission in Opatowitz verständigte die deutsche Regierung davon, daß sie die Verhaftung und Auslieferung von zwölf wegen des Petersdorfer Zwischenfalls strafbrieffähig gehaltenen Personen, die nach Deutschland geflüchtet seien, fordere.

Durchgepeitscht.

Am Freitagabend in der neunten Stunde verkündete der Reichstagspräsident, daß die zweite „Lösung“ der Steuern, d. h. also 14 Vorlagen und die Zwangsanleihe beendet sei und schloß damit die Sitzung. In nicht ganz acht Tagen wurden diese Vorlagen durchgepeitscht, die der Bevölkerung, vornehmlich der arbeitenden, die Last von 106 Milliarden Mark aufhalsen. Vor einer Beratung im eigentlichen Sinne kann nicht gesprochen werden, es war ein Durchpeitschen, wobei es nur darauf ankam, die unangenehme Aufgabe so schnell als möglich hinter sich zu haben. In den letzten Tagen, besonders am Freitag, trieben es aber die Rechtssozialisten mit ihrer Wortabshneidererei dermaßen schamlos, daß es notwendig ist, dieses frevelhafte Spiel zu kennzeichnen. Die Kommunisten hatten den Plan gefaßt, die Durchberatung der Gesetze durch Obstruktionsreden soweit als möglich hinauszuziehen. Neben den Reden zu den Vorlagen gab es stundenlange Geschäftsordnungsdebatten, einmal, weil die völlig unfähigen Abgeordneten Dr. Krieser und Dietrich gleich ganze Materien zusammen behandelten, und dann auch, weil sie eine so merkwürdige Art der Abstimmung vornahmen, daß sie den Widerspruch herausforderte. Als dann am Donnerstagabend um 10 Uhr, als die Sitzung geschlossen werden sollte, die Kommunisten die Weiterberatung erzwingen und Remmele zu einer dreißtündigen Rede ausholte, die seine Freunde vorher angeklagt hatten, daß sie die Koalitionsparteien den Entschluß, den Obstruktionsreden durch Annahme von Schlufanträgen ein Ende zu machen und diese Praxis wurde den ganzen Freitag über gelübt. Die Rechtssozialisten hatten bei dieser Erdröselung der Redefreiheit wacker mit. Sie trieben aber ihr schändliches Spiel noch dadurch weiter, daß sie immer Redner von sich vorhielten, die Klage über darüber anstimmen mußten, daß die Arbeiterbevölkerung durch diese Gesetze aufs schwerste belastet und niedergedrückt würden und wenn ihnen dann wegen ihrer schamlosen Heuchelei gebietet werden sollte, da kam prompt der Schlufantrag, dem die bürgerlichen Fraktionen mit diebischer Freude zustimmten. Das Verhalten der Rechtssozialisten ist um so verwerflicher, als unter ihnen noch einige Abgeordnete sitzen, die die Obstruktion bei den Zolldebatten im Jahre 1902 mitgemacht und andre, die sie aus der Parteige-schichte genau kennen. Es wird überhaupt abzuwarten sein, ob ihre Anhängerschaft im Lande dieses schamlose Treiben gutheißt, oder ob sie von diesen Parlamentarierhosen abdrückt. Der Ignominus, den einzelne der jüngeren Rechtssozialisten bei diesem Treiben an den Tag legten, war noch abstoßender als das Benehmen mancher Kommunisten, wie Remmele und Hölein, die die Kämpfer von den erwähnten Zolldebatten aus dem Jahre 1902 nachzuahmen suchten und sie dabei nur karikierten.

Indes, das ist die rein äußere Seite der Sache. Es kommt nun auf die Stellung der Rechtssozialisten zur Steuerpolitik über, haupt an. Für diese machen sie wie für die Koalitionspolitik nicht sich, sondern — die USPD. verantwortlich, und zwar hat es wiederum Eduard Bernstein in seiner Rede zum Steuerkompromiß getan. Von der Tribüne des Reichstags herunter erklärte er, seine Partei sei zu diesem Steuerkompromiß gekommen, so bedauerlich dies auch sei, weil die USPD. es abgelehnt habe, dabei mitzuwirken. Hätte sich diese bereit erklärt, beim Steuerkompromiß mitzuwirken, so wäre das Kompromiß mit der Einheitspartei hinfällig gewesen. Bernstein ging aber noch einen Schritt weiter und meinte, die Unabhängige Sozialdemokratie sei sogar moralisch verpflichtet gewesen, mit der SPD. zusammen die Steuerpolitik zu machen, denn diese Steuerpolitik diene vor allem der von der Unabhängigen Sozialdemokratie vertretenen Erfüllungspolitik. Daß Eduard Bernstein zu solchen Taschenspielerkunststücken greifen muß, um seine Partei zu entschuldigen, daß sie sich an dem ungeheuren Raubzug beteiligt, der gegen die Arbeiterschaft unternommen wird, könnte einem fast leid tun, wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre. Eduard Bernstein als Verfechter des Branntweinmonopols, das den Agrariern Unsummen in die Taschen schießt und von dessen Ertrag, um dem Hohn voll zu machen, ein oder zwei Duzend Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht verwendet werden sollen, ist ein Bild, das selbst der kühnste Satiriker nicht zu zeichnen gewagt hätte. Trinkt also brav preußisch-deutschen Fusel, damit Mittel zur Bekämpfung der Trunksucht eintkommen, das wird die neueste Parole. Und zu solch frevelhaftem Spiel gibt sich eine Partei her, die den Namen Sozialdemokratisch führt, die sich rühmt, die stärkste politische Organisation nicht nur Deutschlands, sondern vielmehr der Welt zu sein. Auf die einzelnen Steuergesetze und ihre Wirkung auf die Lage der Arbeiterschaft werden wir zurückkommen, wenn sie in dritter Lesung verabschiedet sind. Heute soll nur noch grundsätzlich etwas zu den Vorwürfen gesagt werden, die der Unabhängigen Sozialdemokratie wegen ihrer Haltung gemacht werden.

„Ist es wirklich die Erfüllungspolitik, die gerade diese Steuergesetze erfordert hat? Aber hätte nicht gerade die Erfüllung-